

# EU-Verfassung und Euronext

## Blaesheim-Treffen in Rheinsberg, 6. Juni 2006

*Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzlerin Angela Merkel kamen am 6. Juni 2006, begleitet von den beiden Außenministern Philippe Douste-Blazy und Frank-Walter Steinmeier, im Schloss Rheinsberg (Brandenburg) zu einem informellen Blaesheim-Treffen zusammen. Im Anschluss an das Treffen äußerten sich Jacques Chirac und Angela Merkel während der gemeinsamen Pressekonferenz zur Zukunft der EU-Verfassung und zur Börsenfusion von Euronext.<sup>1</sup>*

**Staatspräsident Chirac:** „Wir haben über die Probleme gesprochen, die die Frau Bundeskanzlerin soeben vorgetragen hat. Ich möchte als erstes sagen, dass wir uns nicht dem Pessimismus hingeben dürfen. Ich höre hier und dort von Beobachtern, die sicherlich kompetent, aber auch nicht unvoreingenommen sind und die von einer „Panne Europas“ sprechen, die sagen: „Europa funktioniert nicht mehr“. Wir haben auch darüber gesprochen. Europa hat immer Probleme gehabt, die ganze Geschichte Europas ist eine Abfolge von Problemen, die wir im Allgemeinen gelöst haben.

Aber das Wichtigste wird trotzdem gemacht. Seit wir behaupten, Europa funktioniere nicht, haben wir den Haushalt verabschiedet und so ganz konkret dafür gesorgt, dass die Erweiterung erfolgen konnte. Seit wir behaupten, Europa funktioniere nicht, ist es uns gelungen, ein unendlich heikles Problem so zu lösen, wie wir es wollten, nämlich die Neuverhandlung der „Bolkenstein-Richtlinie“. Seit wir behaupten, Europa funktioniere nicht, ist es uns zum ersten Mal gelungen, gemeinsam eine Energiepolitik auf die Beine zu stellen, und zwar auf der Grundlage eines Grünbuchs, das, nebenbei gesagt, weitgehend auf französische Vorschläge zurückzuführen ist.

In diesem Zusammenhang also haben wir zunächst einmal die positiven Aspekte der Dinge besprochen, nämlich die Fortsetzung der Optionen, die wir gemeinsam beim Gipfel unter britischem Vorsitz in Hampton Court festgelegt hatten. Also eine bessere Organisation, damit wir das Europa der Projekte, das Europa der Realitäten fördern können, das Europa, das Lösungen auf die Probleme sucht, von denen die Europäer un-

mittelbar betroffen sind, wie Beschäftigung, Arbeit usw. Wir haben beschlossen, aktiv in diesem Bereich weiter zu machen und die verschiedenen Probleme anzugehen, von der Einwanderung über die Energie, die Sicherheit, alle Probleme, die ganz konkret das Leben unserer europäischen Landsleute bestimmen.

Was die Probleme der Institutionen angeht, so haben wir natürlich das Problem der Verfassung angesprochen. Die erste Schlussfolgerung, zu der wir gelangt sind, ist, dass die Institutionen sicherlich verbessert werden müssen. Ihre derzeitige Funktionsweise ist nicht zufriedenstellend. Einige Länder haben Ja zur Verfassung gesagt, andere Nein, andere haben das Abstimmungsverfahren zum Verfassungsvertrag eingestellt. Wir waren der Ansicht, dass in diesem Kontext die Reflexionsphase, die wir brauchen, zunächst einmal verlängert werden sollte. Und wir sollten abwarten, bis Deutschland den EU-Vorsitz übernimmt, damit wir zusammenfassen können, welche Vorschläge gemacht wurden, und dann der deutschen Präsidentschaft das Mandat übertragen, eine entsprechende Zusammenfassung aufzustellen. Es wird dann übrigens eine sehr wichtige Phase geben. Sie beginnt mit der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 und endet im zweiten Halbjahr 2008 mit der französischen Präsidentschaft. Dies alles soll uns natürlich in die Lage versetzen, die derzeitigen Schwierigkeiten zu überwinden.

In der Zwischenzeit macht Frankreich Vorschläge und Deutschland prüft die Bedingungen für die Umsetzung dieser Vorschläge, damit eine Verbesserung der Arbeitsweise der Institutionen auf der Grundlage der bestehenden Verträge und

---

1 Quelle: Französische Botschaft sowie Auswärtiges Amt, veröffentlicht am 6. und 7.6.2006.

ohne eine Änderung dieser Verträge erreicht wird. Im Rahmen der bestehenden Verträge könnte unserer Meinung nach einiges verbessert werden. Wir werden prüfen – das wird eine der Sachen sein, die unter finnischer und vor allem unter deutscher Präsidentschaft geprüft werden –, wie die Funktionsweise der Institutionen im Rahmen der bestehenden Verträge verbessert werden kann.

Wir haben auch über die Erweiterungen gesprochen, wobei natürlich unsere eingegangenen Verpflichtungen nicht infrage gestellt wurden. Aber was die künftigen Erweiterungen angeht, so muss die Fähigkeit der Europäischen Union, neue Länder aufzunehmen, berücksichtigt werden. Damit sind politische Probleme verbunden, was die öffentliche Meinung angeht. Damit sind finanzielle Probleme verbunden, was die Finanzierung der gemeinsamen Politik angeht. Wie kann sie bei einer Erweiterung mit den zusätzlichen Kosten finanziert werden? Damit sind auch institutionelle Probleme verbunden. Wie kann man mit Institutionen arbeiten, die schon mit 25 Mitgliedern nicht gut funktionieren und die natürlich noch schlechter funktionieren könnten, wenn es Erweiterungen gibt? Wir liegen in all diesen Punkten absolut auf der gleichen Wellenlänge, was die Überlegungen angeht, die geführt werden müssen. Wir warten jetzt auf die deutsche Präsidentschaft und sind diesbezüglich sehr optimistisch.

Wir haben dann noch über einige internationale Probleme gesprochen. [...] Iran, Frau Merkel hat es schon gesagt, gibt uns Anlass zur ernsthaften Besorgnis. Wir wünschen uns wirklich, dass die Debatte, die jetzt eröffnet wurde, nicht nur mit den Europäern am Tisch, sondern was uns betrifft, auch mit den Russen, den Amerikanern und den Chinesen, zu einer Einigung gelangt, die den Anforderungen der IAEO gegenüber Iran entspricht. [...]

Schließlich habe ich, auch, um der Bundeskanzlerin zu danken, den deutschen Kongo-Einsatz unter UN-Mandat angesprochen. Dies ist eine Sicherheitsgarantie für die ruhige, friedliche und demokratische Weiterentwicklung dieses Landes, und wir sind Deutschland sehr dankbar, dass es diese Entscheidung getroffen hat.“

**Frage: [...] Vor einigen Tagen haben Euronext und die fünf amerikanische Börse verkündet, dass sie sich zusammenschließen wollen. Damit ist eine andere Kombination aus der Welt, die zwischen Euronext und der Deutschen Börse vorgesehen war. In den letzten Tagen hat die deutsche Seite dies weiter befürwortet. Bedauern Sie es nicht, dass hier eine Gelegenheit verpasst worden ist, mit Riesenschritten das Europa der Finanzmärkte voranzubringen?**

**Bundeskanzlerin Merkel:** „Wir sind immer der Meinung, dass es gut ist, innerhalb Europas auch starke wirtschaftliche Einheiten aufzubauen. Insofern habe ich mir das Ganze mit großem Interesse angeschaut. Ich bin mir aber auch bewusst, dass es hier um eine rein wirtschaftliche Entscheidung geht. Im Augenblick hat es andere Entwicklungen gegeben. Ich werde mir mit Interesse die gesamte Sache anschauen. Ich sage noch einmal: Von der politischen Grundüberzeugung her halte ich es für wichtig, dass Europa stark aufgestellt ist. Aber da, wo rein wirtschaftliche Entscheidungen gefällt werden, muss die Politik auch einen Schritt zurücktreten. Insofern sind das Vorgänge, auf die wir keinen Einfluss nehmen können.“

**Staatspräsident Chirac:** „Ich möchte nur Folgendes hinzufügen. Ich möchte das bekräftigen, was die Frau Bundeskanzlerin gerade ausgeführt hat. Euronext ist nicht Frankreich. Das sind vier Börsen, die gemeinsam entscheiden und zusammenarbeiten. Wenn ich mich nicht täusche, haben wir nur zwei von neun Vorstandsmitgliedern bei Euronext. Was mich betrifft, so verheimliche ich Ihnen nicht, dass ich aus grundsätzlichen Erwägungen die deutsch-französische Lösung vorziehe. Ich würde es bedauern, wenn diese Lösung letztendlich nicht zum Tragen kommen würde. Die Frage wird noch geprüft, die Entscheidung ist nicht gefallen, und selbst wenn wir wenige Möglichkeiten haben, um einzugreifen, wünsche ich mir, dass eine Einigung zwischen Frankfurt und Euronext gefunden werden kann. Ich möchte natürlich, dass diese Einigung so ausgewogen wie möglich ist. Und was Paris angeht – und das kann ich ja nicht außen vor lassen –, so möchte ich eine Einigung, bei der ein Minimum an Aktivitäten, aber auch Arbeitsplätzen in Paris beibehalten werden können.“ [...]

**Frage: Herr Staatspräsident, Sie sagten, dass Sie noch eine Reflexionsphase einhalten wollen, was die europäischen Institutionen angeht. Aber es sieht nicht so aus, als ob Deutschland und Frankreich sich darüber einig sind, was aus dem Verfassungsvertrag werden soll. [...]**

**Staatspräsident Chirac:** „[...] Wir befinden uns jetzt in einer gewissen Schwierigkeit, aber wir kommen da auch wieder heraus. Wir müssen eine notwendige Reflexionsphase anstellen. Wir müssen alle Dinge klug angehen. Aus diesem Grunde setze ich vollstes Vertrauen in die deutsche Präsidentschaft, wenn es darum geht, den Zug wieder richtig auf die Schiene zu bringen.“